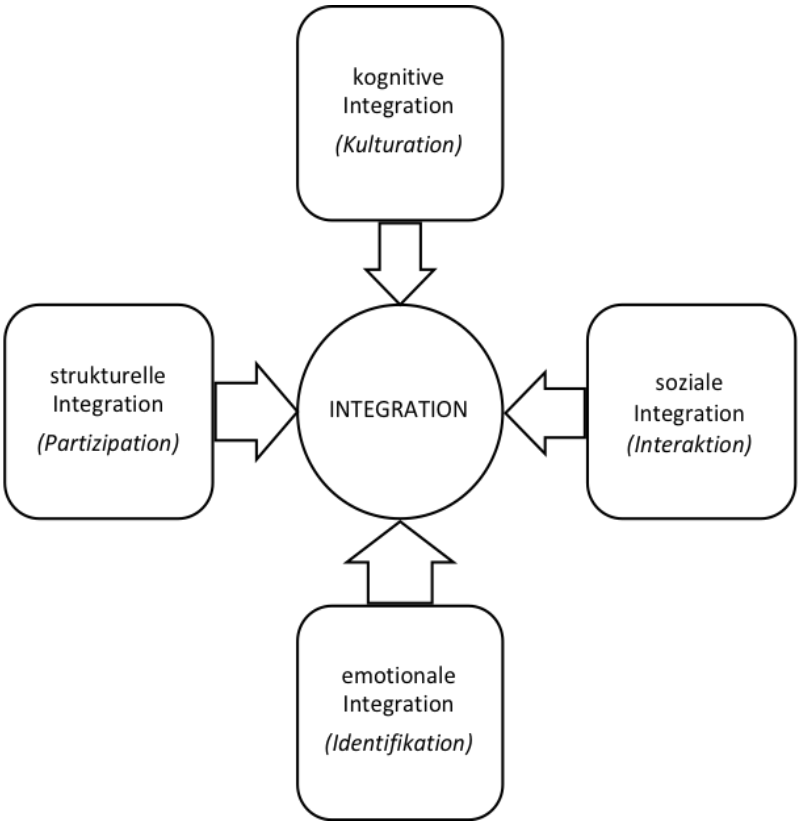
I. Einleitung

1. Was heißt „Integration“?

Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen – mit und ohne Migrations- oder Fluchthintergrund – in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dieser Prozess ist langwierig und bleibt eine dauerhafte Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Zuweilen kann dies auch konfliktbehaftet und mit Rückschlägen verbunden sein. Für den dauerhaften Zusammenhalt einer durch Vielfalt und Zuwanderung geprägten Gesellschaft ist deshalb eine erfolgreiche Integrationspolitik unabdingbar. Es kommt darauf an, dass die Menschen nicht nur vereinzelt neben-, sondern auch gemeinschaftlich gut miteinander leben können.

Dabei machen die vier folgenden Dimensionen im wechselseitigen Zusammenspiel die Integration auf allen gesamtgesellschaftlichen Ebenen aus:

1. Erwerb von Wissen und Fähigkeiten, wie z.B. Sprache sowie Kenntnis und Anerkennung bestehender sozialer Normen (kognitive Integration)
2. Aufbau und Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen im Alltag, wie z.B. nachbarschaftliche Kontakte (soziale Integration)
3. Eingliederung in den Wohn- und Arbeitsmarkt, in das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Übernahme von Rechten, wie z.B. Teilhabe an politischer Mitgestaltung (strukturelle Integration)
4. Entwicklung eines persönlichen Zugehörigkeitsgefühls zur Gesellschaft, wie z.B. Anerkennung und Wertschätzung sowie Identifikation mit Grundwerten (emotionale Integration)



Integration ist die Entwicklung und Verwirklichung eines stets von gegenseitigem Verständnis und Respekt geprägten Miteinanderlebens aller Menschen im gesamtgesellschaftlichen Kontext. Das betrifft zugewanderte Personen (d.h. Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Fluchterfahrung aus anderen Teilen der Welt) und deren Nachkommen mit Migrationshintergrund ebenso wie alle Menschen ohne Migrationshintergrund. Wir schlussfolgern daraus, dass sich die Gesellschaft durch Migrationsbewegungen verändert, wobei eine gelungene Integrationspolitik darin besteht, diesen Wandel aktiv und zum Wohle aller Beteiligten im Bezirk gemeinsam zu gestalten.
Das Gelingen dieses Prozesses hängt von der Mitwirkung aller Menschen ab. Es ist Ausdruck für ein demokratisches, auf Toleranz und Friedfertigkeit beruhendes Gemeinwesen.

2. Zielsetzung

Das strategische Ziel des vorliegenden Bezirklichen Integrationsprogramms besteht darin, einen verbindlichen Rahmen für die ressortübergreifende Ausrichtung und Steuerung aller integrationspolitischen Maßnahmen festzulegen, die in Marzahn-Hellersdorf umgesetzt werden (sollen).
Inhaltlich besteht das Leitziel darin, Marzahn-Hellersdorf als „Ort der Vielfalt“ zu gestalten und weiterzuentwickeln. Es geht darum, Demokratie und Toleranz sowie Vielfalt und Menschlichkeit als grundlegende Werte des gedeihlichen Zusammenlebens zu fördern. Ziel ist es, die interkulturelle Öffnung auf allen Ebenen zu erreichen, Partizipation zu stärken und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen.
Unsere Interpretation von Integration erfolgt auf der Basis des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung von Berlin sowie der einschlägigen Berliner Landesgesetze (insbes. das Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin) und schließt die sachliche Auseinandersetzung mit bestehenden Problemlagen sowie ihre konstruktive Diskussion und die Erarbeitung von Lösungsansätzen mit ein.
Gleichzeitig soll jedweder Form von Diskriminierung und Ausgrenzung sowie demokratiefeindlichen Phänomenen und Tendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv begegnet werden. Die Menschen, die in Marzahn-Hellersdorf leben bzw. sich hier aufhalten, sollen sich hier akzeptiert und respektiert fühlen – ungeachtet ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, ihres Geschlechts, Alters oder sonstiger Merkmale. Wir begreifen Vielfalt als Chance und Bereicherung des Alltags in Marzahn-Hellersdorf und wollen ihn konsequent in diesem Sinne mit allen und zum Wohle aller Menschen gestalten.
Die Zielgruppe der sozialräumlichen Integration umfasst neben den Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund auch die ansässige Bewohnerschaft in den Sozialräumen. Sozialräumliche Integration wird als gemeinsamer Prozess betrachtet.

Das vorliegende Bezirkliche Integrationsprogramm ist somit grundsätzlich an folgende Zielgruppen adressiert:

1. Menschen mit Migrations- und/oder Fluchthintergrund
2. Menschen, die in Marzahn-Hellersdorf leben, wohnen und/oder arbeiten sowie hauptamtliche und ehrenamtliche Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur, Medien sowie insbesondere Migranten- und Migrantenselbstorganisationen etc.

Die erstgenannte Zielgruppe sind die Hauptadressatinnen und Hauptadressaten der integrationspolitischen Bemühungen, während die letztgenannte Zielgruppe die Partnerinnen und Partner ebendieser Bemühungen umfasst.
Menschen mit Migrations- bzw. Fluchterfahrung sind eine sehr heterogene Gruppe. Folglich müssen sie individuell betrachtet werden. Hauptziel aller Maßnahmen sollte sein, dass die Menschen in die Lage versetzt werden, ihr eigenes Leben unabhängig von externen Akteuren organisieren und selbstbestimmt leben zu können. Das bedeutet, dass die Menschen da unterstützt werden, wo sie auch Hilfe benötigen, die sie gern möchten. Es geht darum, dass Menschen nicht als Objekte der Integrationsarbeit betrachtet werden, sondern sich zu Subjekten des Integrationsgelingens entwickeln können.

3. Methodik

Die Versachlichung des öffentlichen Integrations- bzw. Migrationsdiskurses kann nur dann gelingen, wenn folgende Voraussetzungen, auf die das Bezirkliche Integrationsprogramm gezielt hinarbeitet, gegeben sind:

1. Betroffene und Interessierte sollen die Chance haben, sich zu ihnen wichtig erscheinenden Sachverhalten zu äußern. Es soll nicht nur über sie, sondern auch und gerade mit ihnen geredet werden. Als „Fachleute ihres eigenen Lebens“ können sie selbst am besten ihre persönlichen Erfahrungen, Belange, Meinungen und Anregungen an geeigneter Stelle vortragen (z.B. im Integrationsbeirat, auf dem Bürgeramt, in Nachbarschaftsdialogen). Der dadurch entstehende multiperspektivische Blick auf die Dinge ist erwünscht und notwendig, da er zugleich Ausdruck eines vielfältigen, lebendigen und selbstverantwortlichen Gemeinwesens ist. Dieser Diskurs hat, um den sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken, grundsätzlich in einem respektvollen Miteinander zu erfolgen.
2. Es werden durch die AG „Sozialberichterstattung“ des Bezirksamtes messbare Kriterien definiert, die als einigermaßen verlässliche Anhaltspunkte hinsichtlich des jeweiligen Umsetzungsstandes bzw. Vorankommens sowie der tatsächlichen Wirksamkeit der integrationspolitischen Anstrengungen dienen können. Über ein solches fortlaufendes „Integrationsmonitoring“

können mittel- und langfristige Erfolge und Misserfolge sowie Fortschritte und Rückschritte bestimmt bzw. im Soll-Ist-Vergleich dargestellt werden.

3. Das Berichtswesen umfasst einen jährlichen tabellarischen Zwischenbericht sowie einen Abschlussbericht vor Beendigung der laufenden Wahlperiode. Im Sinne der Partizipation soll bei der Berichterstattung in geeigneter Weise auch die Meinung der Migrantinnen und Migranten berücksichtigt werden.
4. Das Handeln der hauptamtlichen Akteure muss konsequent transparent erfolgen. Aus Verstehen erwächst Verständnis und daraus wiederum Vertrauen. Dies beinhaltet eine kontinuierliche Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit bzw. bürgernahe (d.h. verständliche und zeitnahe) Informationspolitik.

II. Handlungsfelder

1. Bildung – Sprache – Kultur

- Die Stärkung der soziokulturellen Ressourcen und Infrastruktur – sei es der gleichberechtigte Zugang zu frühkindlichen, schulischen und außerschulischen Bildungs- und Betreuungsangeboten oder die aktive Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben – ist ein grundlegendes Ziel aller integrations- und bildungspolitischen Anstrengungen, die der Bezirk mit Unterstützung durch den Berliner Senat zu bewältigen hat (z.B. „Bildungs- und Teilhabepaket“, Einrichtung von sog. „Willkommensklassen“).
- Den Menschen sollen Perspektiven aufgezeigt und eröffnet werden, damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dies bedarf der Stabilisierung der Zusammenarbeit und Vernetzung aller relevanten Akteure (Vereine bzw. Migranten- und Migrantenselbstorganisationen, Frauenbeirat, Migrations- und Jugendmigrationsdienste, Frauennetz und Netzwerk Alleinerziehende, Integrations- und Berufssprachkurs-Träger, Bildungsinstitutionen, Kulturamt, Gesundheitsamt, Jugendamt, Bürgeramt, Amt für Soziales, Kitas, Alice-Salomon-Hochschule etc.) in Bezug auf Integration durch Bildung, Sprache und Kultur.
- Fortsetzung von Deutschkursen für Menschen mit Fluchterfahrung, Integrationskursen für Zugewanderte (z.B. Mütter mit Migrationshintergrund) und von Erstorientierungskursen in der Volkshochschule Marzahn-Hellersdorf und in den Gemeinschaftsunterkünften. Das Sprachniveau sollte bei an einem Studium interessierten Personen über das B2-Niveau hinausgehen, da für jede Studienberechtigung ein C1-Niveau vorausgesetzt wird und sich dadurch neue Perspektiven eröffnen.
- Fortsetzung von offenen Kursangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund und für sozial Benachteiligte als Raum für Integration und interkulturellen Austausch in der Volkshochschule Marzahn-Hellersdorf
- Unterstützung der Sportvereine bei ihrer integrationspolitischen bzw. interkulturellen Arbeit (inkl. Verstetigung und Weiterentwicklung des interkulturellen Sportfestes)

- Verstetigung und Weiterentwicklung der Arbeit des Bezirklichen Migrationssozialdienstes (professionelle Unterstützung der im Bezirk ansässigen Fach- und Regeldienste, Institutionen und freier Träger bei Fragen der Integration und Migration sowie des Bezirksamtes bei der Umsetzung des Bezirklichen Integrationsprogramms). Dem Bezirklichen Migrationssozialdienst kommt auch insofern eine besondere Funktion innerhalb der integrationspolitischen Arbeit zu, als er neben der Einzelfallberatung für Menschen mit Migrationshintergrund, die sich schon länger als drei Jahre in Deutschland aufhalten und älter als 27 Jahre sind, auch die Einsätze der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen koordiniert.
- Die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen übernehmen eine wichtige Vermittlungsrolle zwischen Neuzugewanderten und bereits länger hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund einerseits und Behörden, Bildungs-, Gesundheits- und Jugendeinrichtungen andererseits. Sie stehen allen Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung. Ihre Aufgabenschwerpunkte umfassen niedrigschwellige Verweisberatungen, Behördenbegleitungen, Hausbesuche sowie Sprach- und Kulturmittlung. In Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gilt es, ihre Arbeit weiter zu stärken und zu professionalisieren.
- Teilhabe an Bildung und Gesellschaft durch gezielte Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache innerhalb des Bildungssystems in Form von unterrichtsbegleitenden Kleinklassen, vorschulischen Angeboten zur Sprachförderung o.ä.
- Interkulturelle Öffnung von Kitas und Schulen (u.a. Förderung und Erleichterung der Schaffung von zweisprachigen Kitas und Schulen im Bezirk; Teilnahme am Bundesprogramm „Kita-Einstieg – Brücken bauen in frühe Bildung“ für Kinder und Familien insbesondere mit Fluchthintergrund, die bislang nicht oder nur unzureichend von der institutionellen Kindertagesbetreuung erreicht wurden)
- Unterstützung der Familienlotsin und Stadtteilmutter, die sich besonders durch das Aufsuchen von Familien auszeichnet
- Die zahlreichen interkulturellen Angebote und der internationale Jugendaustausch im Angebotsspektrum der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sind weiter zu fördern und auszubauen (inkl. Auseinandersetzung mit dem Thema „Kinderrechte“ in Fachforen o.ä.)
- Entwicklung von Bildungsangeboten zur Sensibilisierung gegenüber gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie z.B. jährliche Bildungsfahrten für Jugendliche in ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager (in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“).

2. Interkulturelle Öffnung

- Die Stabilisierung, Professionalisierung und Wertschätzung der Migranten- und Migrantenselbstorganisationen stellt eine unerlässliche Voraussetzung für eine beständige und erfolgreiche bezirkliche Integrationspolitik dar. Ihre vielfältigen praktischen Erfahrungen, fachlichen Kompetenzen und persönlichen Kontakte zu verschiedenen Zielgruppen stellen eine wertvolle Ressource dar. Als zentrale Wegbereiter, Begleiter und Unterstützer integrationspolitischer und interkultureller Prozesse sollen sie daher auch eine wesentliche Rolle als beratende und mitgestaltende Akteure in diesem Themenfeld wahrnehmen. Durch entsprechende Gremien, Veranstaltungsformate und sonstige geeignete Maßnahmen (z.B. Integrationsbeirat, „integrationspolitische Vernetzungsrunde“, Fachtage, Publikationen, Projektbesuche) wird unter Federführung des Integrationsbeauftragten sichergestellt, dass die Expertise der Migranten- und Migrantenselbstorganisationen regelmäßig in die Bezirksverwaltung eingespeist und dort berücksichtigt wird.
- Bei der Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst in Marzahn-Hellersdorf soll systematisch die Strategie einer interkulturell, diversitätsbewusst und diskriminierungsfrei ausgerichteten Personalgewinnung verfolgt werden, um die Vielfalt der Bevölkerung auch im Verwaltungspersonal und Verwaltungshandeln sichtbar werden zu lassen. Dabei ist bei Bewerbungen insbesondere auf interkulturelle Kompetenz größerer Wert zu legen. Eine entsprechend geschulte Dienstkraft („Diversity-Beauftragte/r“) sollte ggf. in geeigneter Weise in Bewerbungsverfahren mit einbezogen werden. In Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind darüber hinaus auch Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher zu entwickeln, um dem pädagogischen Personal grundlegende interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln.
- Wichtiges Anliegen im Jobcenter Marzahn-Hellersdorf ist die interkulturelle und diversitätsbewusste Sensibilisierung aller Beschäftigten durch entsprechende Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen (z.B. Projektgruppe „Flucht und Asyl“ mit dreißig spezialisierten Arbeitsvermittlerinnen und Arbeitsvermittlern). Langfristiges Ziel ist zudem die interkulturelle Sensibilisierung der Beschäftigten in Unternehmen.
- Entwicklung und Durchführung jährlicher In-house-Schulungen zum Thema „Diversity und interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ (inkl. eines „interkulturellen Selbsttests“) für die Beschäftigten aller Abteilungen des Bezirksamtes seitens der Landesantidiskriminierungsstelle und des „Mobilen Beratungsteams Berlin“ mit dem Ziel, von einer bürgerfernen Verwaltungskultur zu einer bürgernahen „Willkommenskultur“ zu gelangen
- Entwicklung und Durchführung eines geeigneten Qualifizierungskonzeptes zum Thema „Diversity Management“ für Träger und Akteure der

soziokulturellen Infrastruktur (z.B. Jugendfreizeiteinrichtungen, Stadtteilzentren, Flüchtlingsunterkünfte) unter Federführung des Integrationsbeauftragten in Zusammenarbeit mit der Berliner Landesantidiskriminierungsstelle, dem „Mobilen Beratungsteam Berlin“ und den Migranten- und Migrantenselbstorganisationen

- Die „FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf“ entwickelt zusammen mit Migranten- und Migrantenselbstorganisationen sowie dem Bezirklichen Migrationssozialdienst und den Stadtteilzentren ein Konzept, wie freiwilliges Engagement sowohl für als auch von Migrantinnen und Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund gefördert werden kann (inkl. Beratungs- und Qualifizierungsangeboten).
- Entwicklung eines Konzepts zum Thema „Mehrsprachigkeit in der Bezirksverwaltung“ unter Federführung der AG ,,Mehrsprachigkeit“ des Integrationsbeirates. In diesem Zusammenhang ist neben der Durchführung einer jährlichen Fachveranstaltung sicher zu stellen, dass wichtige Informationsmaterialien mehrsprachig sowie in leicht verständlicher Sprache vorliegen und dass insbesondere dort, wo hoher Bürgerkontakt auftritt (z.B. Amt für Soziales, Bürgerämter, Jugendamt, Jobcenter u.a.), die Möglichkeit besteht, neben Deutsch auch in den meist gesprochenen Fremdsprachen im Bezirk zu kommunizieren. Je nach Bedarf kann dies auch oder ausschließlich darin bestehen, dass für die wichtigsten Dokumente und Formulare jeweils ein fremdsprachiges Beiblatt bzw. eine entsprechende Ausfüllhilfe zur Verfügung gestellt wird.
- Förderung bereits bestehender interkultureller Treffpunkte im Bezirk (z.B. „Nähcafé“, „Frauen-Internet-Café“, „Laloka“) und Einrichtung neuer Möglichkeiten für interkulturelle Begegnungen (z.B. für Männer oder Kinder; niedrigschwellige Zugänge in den Familienzentren und Angebote der Familienzentren in Flüchtlingsunterkünften); interkulturelle Öffnung von öffentlichen Veranstaltungen (z.B. bezirkliche Feste)

3. Arbeit – Wohnen – Gesundheit

- Das Ziel des Jobcenters Marzahn-Hellersdorf besteht darin, dass Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Fluchterfahrung in die regulären Strukturen der Arbeitsmarktberatung einmünden und Langzeitarbeitslosigkeit vermieden wird. Zentraler Ansatzpunkt dafür ist der Spracherwerb in Sprachkursen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, die nach Personengruppen und Lerngeschwindigkeit differenziert zugewiesen werden. Bei einem zunehmenden Teil dieser Zielgruppe steht als Voraussetzung dafür zuerst die Alphabetisierung an. Die Kurse dafür werden ebenfalls beim Bundesamt durchlaufen.
- Es werden alle zur Verfügung stehenden Arbeitsmarkt-Förderinstrumente (inkl. passgenauer Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration,

Berufsanerkennung, Bewerbungstrainings, enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberservice etc.) eingesetzt.

- Durchgängig ist von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jobcenters darauf zu achten, dass im Sinne der Gleichberechtigung Frauen und Männer die gleichen Chancen haben. Dies beinhaltet u.a. besondere Angebote für Frauen und Mütter (z.B. Hilfestellung bei der Suche nach Stellenangeboten und Kinderbetreuungsmöglichkeiten; Gruppeninformationsveranstaltungen für Arabisch, Farsi bzw. Dari sprechende Frauen in Elternzeit; Unterstützung durch die Beauftragte für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt).
- Die Arbeitsvermittlerinnen und Arbeitsvermittler setzen auf Nachhaltigkeit, d.h. bei allen angebotenen Unterstützungsleistungen (z.B. Spracherwerb, Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen, Maßnahmen zur Kompetenzfeststellung, begleitendes Coaching bei Arbeitsaufnahme) wird der Erfolg kontinuierlich überprüft und festgehalten. Neben kurzfristigen Integrationserfolgen werden auch Qualifizierungen zwecks dauerhaft sichererer Integrationschancen angestrebt.
- Zusammenarbeit und Vernetzung aller relevanten Akteure (Jobcenter, AG „Arbeit und Ausbildung“ des Integrationsbeirates, „Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis“, „Willkommen-in-Arbeit“-Büro, Frauenbeirat, Migrations- und Jugendmigrationsdienste, Frauennetz und Netzwerk Alleinerziehende, Integrations- und Berufssprachkurs-Träger, IQ-Netzwerk, „Bridge“, Vereine bzw. Migranten- und Migrantenselbstorganisationen) werden in Bezug auf die Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt kontinuierlich verstetigt. Den Menschen werden damit Perspektiven aufgezeigt und eröffnet, um ein wirtschaftlich unabhängiges und selbstbestimmtes Leben führen können.
- Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen mit Hilfe von übersichtlichen Handreichungen und Informationen (z.B. zu aufenthaltsrechtlichen Fragen) schneller und besser in die Lage versetzt werden, die für sie relevanten Fragen hinsichtlich der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu klären. Auf diese Weise sollen sie dazu motiviert werden, auch für diese Personengruppe Arbeits-, Ausbildungs- und Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen.
- Menschen mit Migrationshintergrund (insbes. mit Fluchterfahrung) sollen möglichst schnell in eigene Wohnungen ziehen können. Neben wohnungslosen Menschen sollten vorzugsweise Menschen mit eingeschränkter Mobilität mit geeignetem Wohnraum versorgt werden. Dazu bedarf es entsprechender Absprachen mit Wohnungsunternehmen.
- Die im Rahmen der Jugendberufsagentur Marzahn-Hellersdorf erfolgende Arbeit mit jungen geflüchteten Menschen ist weiter zu stärken und zu qualifizieren.
- Der Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund in das Gesundheitssystem kommt eine besondere integrationspolitische Bedeutung zu. Diese zeigt sich in der interkulturell ausgerichteten Förderung von Gesundheit und Teilhabe an gesundheitsbezogenen Angeboten durch

Schaffung entsprechender Zugänge zum Versorgungssystem sowie zu Angeboten der Prävention. Dazu sind die Verhältnisse vor Ort so zu gestalten, dass die Teilhabe an diesen Angeboten ermöglicht wird.

- Nötig sind die Verstetigung und Weiterentwicklung der gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung insbesondere von Menschen mit Fluchterfahrung im Rahmen der bezirklichen Suchthilfe und psychiatrischen Versorgung sowie verstärkte Berücksichtigung der Bedarfe und Belange älterer Migrantinnen und Migranten (z.B. Ausbau der Netzwerke, um den Betroffenen kurze Zugangswege zu ermöglichen und die Vernetzung der unterschiedlichen Hilfen zu verbessern).

4. Demokratie – Vielfalt – Toleranz

- Fortführung der jährlichen Demokratiekonferenzen (im Rahmen der beiden „Partnerschaften für Demokratie“ in Marzahn und Hellersdorf des Bundesprogramms „Demokratie leben!“).
- Schaffung von partizipativen Strukturen durch das Programm „BENN“ („Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften“) sowohl in den Flüchtlingsunterkünften (z.B. Bewohnerräte) als auch zwischen der Nachbarschaft und der jeweiligen Unterkunft (z.B. Nachbarschaftsräte)
- Vielfältige Teilhabe von Migrantinnen und Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund in den unterschiedlichen Gremien (z.B. Einbindung in Quartiersräte, Stadtteilkonferenzen und Einwohnerversammlungen)
- Begegnungen und Veranstaltungen (z.B. „Interkulturelle Tage“, „Schöner leben ohne Nazis“, „Marzahner Nachbarschaftsfest“, insbes. kleinere Begegnungsmöglichkeiten in den Kiezen), um Vorbehalte und Berührungsängste abzubauen
- Die Vielfalt der in Marzahn-Hellersdorf lebenden Menschen muss für eine breite Öffentlichkeit besser sichtbar gemacht werden. Unter Federführung der Pressestelle soll ein Konzept zur Verbesserung der diesbezüglichen Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden (z.B. Darstellung der Arbeit der Migranten- und Migrantenselbstorganisationen, Erarbeitung eines digitalen „Diversity-Atlasses“ in Verbindung mit dem „Wegweiser für Marzahn-Hellersdorf“ auf der Website des Bezirksamtes).
- Verstetigung und Weiterentwicklung der Arbeit der „Bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung“ (z.B. Fortbildungsangebote für Träger der Kinder- und Jugendarbeit zu diskriminierungsfreier Sozialarbeit; Kooperation mit Schulen, Schulamt und Schulsozialarbeit, um Diskriminierungen vorzubeugen)
- Verstetigung und Weiterentwicklung der Arbeit des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ (z.B. bessere Öffentlichkeitsarbeit durch Etablierung der Internetseite des Bündnisses zur zentralen „Demokratie-Website“ für Marzahn-Hellersdorf; Durchführung von Aktionen zu Gedenk-

und Feiertagen, um Engagement für demokratische Grundwerte und Marzahn-Hellersdorf als „Ort der Vielfalt“ erlebbar zu gestalten)

- Entwicklung eines Konzepts zum Thema „Antirassistische Arbeit“ (insbes. Zugang zu Erwachsenen, um Alltagsrassismus zu begegnen bzw. sie für den Umgang damit zu schulen; Verstärkung der Zusammenarbeit mit Akteuren der antirassistischen Bildungsarbeit; Weiterentwicklung des „Registers zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf“)

Stand: März 2019

Dr. Thomas Bryant
Integrationsbeauftragter für Marzahn-Hellersdorf